

Antwort der Partei DIE LINKE. auf die Wahlprüfsteine des Landeszentrum Freie Theater (LanZe)

Kulturpolitik

1. Kultur ist ein Menschenrecht.

Welche Maßnahmen planen Sie, um Kunstproduktion und Kulturelle Bildung allen Altersgruppen in gleichem Maße zugänglich zu machen? Verschiedene Zielgruppen der über 18-jährigen sind ebenfalls strukturell benachteiligt: Kulturarbeit für Senior*innen, für und mit Menschen mit Fluchterfahrung, für und mit Menschen mit körperlichen wie psychischen Beeinträchtigungen etc. – Worauf legen Sie in der Zukunft einen Fokus und warum?

Künstlerisch-kreative Aktivitäten und Kulturelle Bildung sind wesentlich für die Gestaltung einer inklusiven Gesellschaft, für soziale Teilhabe und Lebensqualität. Dementsprechend sollten künstlerische und kulturelle Angebote allen Bürger*innen, unabhängig von Alter, Herkunft, sozialem Hintergrund oder Geschlecht zugänglich sein. Aus unserer Sicht gibt es aktuell zahlreiche Hindernisse, die eine Zusammenführung von bestimmten Zielgruppen und Kunst- und Kulturakteuren erschweren. Das betrifft ganz besonders ältere Bürger*innen, Menschen mit körperlichen und/oder psychischen Beeinträchtigungen und auch Menschen mit Fluchterfahrung.

Um Kultur für alle Bürger*innen zugänglich zu machen, muss es geeignete Angebote geben. DIE LINKE wird in diesem Sinne ihr bestehendes Landeskulturkonzept zu einem zukunftsgerechten inklusiven Rahmenplan für die Kunst und Kultur in Sachsen-Anhalt fortentwickeln. Um dies zu erreichen, wollen wir gemeinsam mit den Kulturakteuren im Land die Förderbedingungen der unterschiedlichen Sparten ausdifferenzieren und Anreize schaffen, allen Bürger*innen Kunst- und Kulturangebote zu unterbreiten.

2. Kultur ist frei in seiner Äußerung.

In welchem Bereich spielt für Ihre politische Arbeit Kultur eine (wesentliche) Rolle, welche Ihrer politischen Grundsätze werden von Kultur beeinflusst? Und wie?

Kunst und Kultur sind fundamental für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Ohne sie gibt es keine Empathie und Toleranz. Politik für die Künste ist für DIE LINKE Politik für Mitmenschlichkeit und kritisches Denken. Kulturelle Angebote und ihre kommunikativen Kräfte sind in der Lage „Filterblasen“ zu durchdringen und Empathie herzustellen. Der direkte Kontakt mit Kunst und Kultur, das Erleben und die Auseinandersetzung mit dem Erlebten können eine Annäherung und einen schrittweisen Wandel im Denken erreichen, um der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken. Gerade rechter Populismus polemisiert gegen die Freiheit und Vielfalt der Kunst und fördert diese Spaltung. In diesem Sinne sind Wertschätzung gegenüber den Kulturschaffenden, der Respekt vor der Freiheit der Kunst sowie der Dialog mit den Kultur- und Kunstschaffenden des Landes oberste Grundsätze linker Kulturpolitik.

3. Kulturarbeit ist Netzwerkarbeit.

Wie planen Sie, die Einbindung dieser landesweit tätigen Partner im Bereich Kultur strukturell zu stärken, um eine partizipative Kulturpolitik zu ermöglichen? Welche Reichweite und welche Relevanz räumen Sie diesen (und weiteren) Landesverbänden ein?

Im Kulturhaushalt ist derzeit die institutionelle Förderung von elf Verbänden und Vereinen vorgesehen, die zum überwiegenden Teil als Dachverbände für die jeweiligen Kunst- und Kultursparten auftreten. Um Nachhaltigkeit zu garantieren, bleibt für DIE LINKE die institutionelle Förderung von Fachverbänden als strukturelles Mittel der Verstetigung und Entwicklung der Arbeitsfähigkeit einzelner Sparten wichtiger Bestandteil der Kulturförderung durch das Land. Wir wollen die Dachverbandstätigkeit als wesentlichen Aufgabenbereich der institutionell geförderten Einrichtungen im Kulturbereich weiterentwickeln. In diesem Sinne setzt sich DIE LINKE für eine Erweiterung der institutionellen Förderung auf Dachverbandsstrukturen wie dem Verband der Soziokultur und dem Bibliotheksverband ein. Darüber hinaus sieht DIE LINKE bei den institutionell geförderten Einrichtungen Potential bei der Vergabe von Kleinstprojektförderungen, um administrative Abläufe in der Verwaltung zu vereinfachen.

4. Kultur kann nachhaltig sein.

Welche Maßnahmen plant ihre Partei, die Verbände, Institutionen und Freien Kulturakteure dabei zu unterstützen, sich zukunftsfähig aufzustellen und auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können?

Kultur kann einen wichtigen Beitrag bei der gesellschaftlichen Transformation zu mehr Nachhaltigkeit in allen Ebenen leisten. Nachhaltigkeit ist Teil der Fortschreibung der linken Kulturentwicklungsplanung. DIE LINKE wird Verbände, Kultureinrichtungen und Freie Kulturakteure darin unterstützen, indem sie u.a. auch durch eine autonomere Kunst- und Kulturförderung ein vielfältiges künstlerisch hochwertiges Programm ermöglicht, umfassende Bildungsangebote für alle Generationen unterstützt sowie Partnerschaften zwischen Kunst und Kultur und z.B. Wissenschaftseinrichtungen anregt.

Darüber hinaus wollen wir die Weiterentwicklung der Kulturförderrichtlinie im Sinne einer Ergänzung des Nachhaltigkeitsgedankens in allen Bereichen und Sparten befördern. Dazu gehören u.a. auch die Implementierung langfristiger und stabiler Förderelemente sowie die Einführung von Honoraruntergrenzen, um prekäre Arbeitsverhältnisse zu vermeiden.

5. Aktive Visionsarbeit.

Welche Visionen für eine Freie Theaterlandschaft haben Sie und welche Bedeutung messen Sie der Arbeit flexibler, kleiner Strukturen für die kulturelle Grundversorgung bei? In welchen konkreten Maßnahmen übertragen Sie die von ihnen beigemessene Bedeutung?

Freie Theater sind ein wesentlicher Bestandteil der Theaterlandschaft in Sachsen-Anhalt. Die Einbindung freier Theater in die Theaterentwicklungskonzepte sowie die Weiterentwicklung von

Förderinstrumenten ist wichtiger Bestandteil der Strategie zur flächendeckenden Versorgung von Kunst und Kultur im Land.

Die freien Theatergruppen in Sachsen-Anhalt sichern aber nicht nur kulturelle und künstlerische Angebote in der Fläche, sie sind mit einer ausdifferenzierten Förderung auch in der Lage, neue Ideen, neue künstlerische Formate und neue kulturelle Bedürfnisse zu formulieren. Sie leisten damit auch einen wichtigen Beitrag zu Kulturwirtschaft des Landes. In Ergänzung zu den Theatern in öffentlicher Trägerschaft tragen sie zu einem erweiterten Verständnis von zeitgenössischen performativen Künsten bei und erschließen dadurch neue Zuschauerschichten.

DIE LINKE will die Landesförderung so aufstellen, dass die Freie Theaterszene in die Lage versetzt wird, vermehrt Drittmittel zu akquirieren. Mit Hilfe des Landeszentrum für Freie Theater sind künftig die Mindeststandards bei der Honorierung als verbindliche Fördervoraussetzung festgelegt worden. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Eine flächendeckende Wirksamkeit kann dieses Instrument aber nur dann entfalten, wenn der Landesetat für die Freie Theaterförderung schrittweise deutlich erhöht wird. Dafür setzt sich DIE LINKE ein. Darüber hinaus benötigt die Freie Theaterszene entsprechende infrastrukturelle Voraussetzungen (Proberäume, interdisziplinär arbeitende Häuser), um eigene Produktionen zu entwickeln und nationale und internationale Koproduktionen aufzustellen. DIE LINKE will dafür eine entsprechende Fördergrundlage schaffen.

6. Kulturfördergesetz.

Planen Sie die Entwicklung eines Kulturfördergesetzes, wie es derzeit auch in Rheinland-Pfalz, Brandenburg und Thüringen der Fall ist?

DIE LINKE hat bereits vor Jahren einen Entwurf für ein Kulturfördergesetz Sachsen-Anhalt im Landtag vorgelegt, das als neues Struktur- und Finanzierungselement der Sicherung künftiger Aufgaben in der Landeskulturpolitik dienen soll. Der Gesetzentwurf sieht die Beteiligung aller Landkreise und kreisfreien Städte an der Finanzierung herausragender Kulturprojekte und Kultureinrichtungen in der Region vor und dient der Erschließung neuer Finanzierungsquellen für kulturelle Maßnahmen.

7. 1 Mio. € für Freies Theater.

Setzen Sie sich für eine Erhöhung des verbindlichen Haushaltstitels für Theater in freier Trägerschaft auf 1. Mio. Euro ein? Unterstützen Sie die Forderung nach einer Spielstättenförderung für Spiel- und Produktionsorte der Freien Szene, um strukturelle Entwicklungen bei Einzelakteur*innen durch adäquat ausgestattete Spiel- und Produktionsorte zu flankieren, sowie Chancen auf bundesweite Vernetzung und Sichtbarkeit zu erhöhen?

Es ist zwingend erforderlich, den Etat für Freies Theater schrittweise deutlich zu erhöhen, um die neu entwickelte Förderrichtlinie zu untersetzen. Nachhaltigkeit durch überjährige Förderung, die Einhaltung von Honoraruntergrenzen, die Förderung von freien Spielstätten und Theaterinitiativen sind mit dem im Landeshaushalt des Jahres 2021 eingestellten Landesfördermitteln nicht umsetzbar oder würden zumindest starke Einschränkungen bei der Quantität der umsetzbaren Förderprojekte nach sich ziehen.

8. Kulturförderung soll ankommen.

Unterstützen Sie einen Vorstoß zur Umsetzung der Kulturförderung durch die jeweiligen Verbände? Beabsichtigen Sie eine Evaluation und ggf. Anpassung der Ressourcen bei beratenden Stellen?

Kulturförderung soll ankommen, muss transparent und nachhaltig sein. DIE LINKE bleibt an dieser Stelle bei ihrer Position, die Fachverbände entsprechend ihrer Expertise bei der Vergabe von Fördermitteln einzubinden. Dies ist eine ausgezeichnete Chance, Verwaltungsabläufe zu vereinfachen und die Administration zu entlasten. Daher sehen wir die strukturelle Einbindung der Fachstrukturen mindestens in beratender Funktion als notwendig und sinnvoll an. Darüber hinaus bewerten wir das rechtliche Konstrukt eines beliehenen Unternehmens, das Fördermittel an die jeweiligen Bereiche ausreicht, als ein in anderen Bundesländern erprobtes und bewährtes Format, das endlich auch in der Kulturförderung in Sachsen-Anhalt zum Einsatz kommen muss. Dafür wird sich DIE LINKE einsetzen.

9. Kulturförderung soll Kunst fördern, nicht ihre Abrechnung.

Welche Maßnahmen beabsichtigen Sie zur fortschreitenden Entbürokratisierung der Förderverfahren? Einige der durch Landespolitik initiierten Verbesserungen in den Verfahren der Kulturförderung finden bis heute keine Anwendung (z.B. die bevorzugte Ausgabe von Festbetragsförderung gegenüber Anteils- oder Fehlbedarfsförderung) – Welche Verbesserung hinsichtlich Kontroll- und Steuerungsmechanismen planen Sie für die folgende Legislatur?

Für DIE LINKE ist es nicht hinnehmbar, dass Bestimmungen bei der Vergabe von Kulturfördermitteln in der Praxis nicht angewendet werden. Wir werden die Verbindlichkeit dieser Bestimmungen überprüfen und gegebenenfalls anpassen. Unser Ziel ist die Entbürokratisierung der Verwaltungsprozesse. Um diese zu erreichen werden wir die Anwendung von Festbetragsfinanzierungen bei der Vergabe von Kulturfördermitteln verbindlich gestalten, den Einsatz von unabhängigen Fachjürs vorantreiben, verbindliche Verfahren und Standards bei der Einbindung der Fachverbandsstrukturen bezüglich Beratung von Antragsstellern und Vergabe von Fördermitteln festlegen sowie überjährige Förderungen, weniger Projektorientierung und eine Ausdifferenzierung der Förderinstrumente in den verschiedenen Kultursparten festschreiben.

10. Infrastrukturelle Stärkung der (Freien) Kulturlandschaft.

Wie unterstützt/fördert das Land zukünftig den Erhalt, den Auf- und Ausbau kultureller Infrastruktur für freie Kunst- und Kulturproduktionen?

Um regionale Identität sowie die Vielfalt kultureller Angebote und Strukturen in Sachsen-Anhalt zu bewahren und den gesellschaftlichen und fachlichen Herausforderungen der unterschiedlichen Kulturbereiche umfassend zu begegnen und somit eine lebendige kulturelle Zukunft zu schaffen, ist die Stabilisierung und Erweiterung des Kulturhaushaltes erforderlich. Die LINKE verfolgt die Bildung von Kulturregionen, um der überregionalen Bedeutung von Kulturprojekten und -einrichtungen im Land durch ebenso überregionale Gestaltungs-, Finanzierungs- und Führungsmöglichkeiten Ausdruck zu verleihen.

11. Bezahlung.

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um hier gegenzusteuern? Unterstützen Sie Entwicklungen in den Sparten, die sich Mindesthonorarsätze definieren? Wie sorgen Sie dafür, dass diese auch Anwendung finden?

Leider sind im Kulturbereich prekäre Beschäftigungsverhältnisse vorherrschend. Zahlreiche Interessenvertretungen u.a. auch der Bundesverband Freie Darstellende Künste haben Honoraruntergrenzen und Standards definiert, die in den meisten Fällen nicht verbindlich sind. DIE LINKE setzt sich auf Landes- und Bundesebene dafür ein, dass branchenspezifische Honoraruntergrenzen verbindlich umgesetzt werden, z.B. bei der Vergabe von Fördermitteln.

Auf Bundesebene wollen wir erreichen, dass mittels eines Verbandsklagerechts für Gewerkschaften und Interessenverbänden, entsprechende Honoraruntergrenzen eingefordert werden können. Darüber hinaus muss das Sozialversicherungssystem der Lebensrealität von Künstler*innen angepasst werden, in dem alle selbständigen Kunst- und Kulturschaffenden stärker in die Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung einbezogen werden. DIE LINKE hat bereits entsprechende Anträge in den Bundestag eingebracht, um diese Entwicklung voranzutreiben.

12. Kein einfaches Zurück.

Wie wird dazu beigetragen, die positiven Erfahrungen und Möglichkeiten zu erhalten? Wie werden dabei alle Betroffenen eingebunden?

Die aktuelle Krise zeigt die Anfälligkeit des Kulturfördersystems in drastischer Weise, reißt neue Lücken auf und verstärkt die ohnehin vorhandenen Probleme. Insbesondere freie, gemeinnützige, nicht öffentlich finanzierte Einrichtungen und Einzelkünstler*innen sind von der Krise betroffen. Auf der anderen Seite zeigt die Krise den Ideenreichtum und das herausragende Engagement, mit denen Künstler*innen und Kultureinrichtungen auf die Krise reagieren und aus der Not eine Tugend machen. Sei es durch digitale Aktionen, neue „Outdoor-Angebote“, durch die strukturelle Aufrüstung zur Umsetzung von sicheren Veranstaltungen oder durch kollaborative und interdisziplinäre Angebote.

DIE LINKE will mehr Flexibilisierung der aus unserer Sicht zu starren Zuwendungsrichtlinien bzw. das Beibehalten von Lockerungen im Zuwendungsrecht, die in der Krise geltend gemacht wurden. Wir wollen mehr Selbstorganisation im Kulturbereich fördern und damit neue Handlungsfreiräume schaffen. Eine Entbürokratisierung des Verwaltungsapparates wird dazu führen, dass sich Künstler*innen wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und nach der Krise ihr Innovationspotential besser ausschöpfen können.

Um diesen Prozess anzustoßen will DIE LINKE regelmäßige Gesprächsformate anbieten, die die Kulturakteure einbindet und ihre „Krisenerfahrung“ nutzt, um neue transformative und interdisziplinäre Arbeitsformate weiterzuentwickeln. Das betrifft sowohl die Landesebene und insbesondere auch die kommunalen Strukturen, in denen die Kulturakteure zum neuen Motor von Stadtgesellschaften werden können.

13. Schere im Land.

Welche Maßnahmen planen Sie, um die Schere innerhalb der Freien Kulturlandschaft nicht zu groß werden zu lassen?

Bereits vor der Krise war der Anteil der Kulturschaffenden aus Sachsen-Anhalt im Rahmen der Förderung der unterschiedlichen Bundesprogramme im Vergleich zu anderen Bundesländern unterrepräsentiert. DIE LINKE stellt fest, dass die Landesregierung an dieser Stelle zu wenig dafür getan hat, dieses Defizit zu analysieren und entsprechende Maßnahmen einzuleiten, die Konkurrenzfähigkeit und den Bekanntheitsgrad Freier Produktionen zu stärken. Dies kann nur gemeinsam mit den Dachverbandsstrukturen im Land passieren und bedarf besonderer Landesförderinstrumente, die auf eine Professionalisierung der Kulturszene abzielen. An dieser Stelle haben die unterschiedlichen Dachverbände bereits Vorschläge eingebracht, die wir konsequent umsetzen wollen.

14. Fehlende Rechtssicherheit.

Welche Schritte planen Sie, um Freie Künstler*innen als besonders vulnerable Gruppen vor etwaigen Vorwürfen des Subventionsbetrugs zu schützen und so die Coronakrise nicht nachträglich zum Insolvenzgrund werden zu lassen?

Die Corona-Hilfen für Kunst- und Kulturschaffenden gleichen bürokratischen Monstern. So kann es passieren, dass Kunstschaftende aufgrund der komplizierten Antragslage den Überblick verlieren, dadurch Gelder zurückzahlen müssen und sich im schlimmsten Fall Vorwürfen des Subventionsbetruges ausgesetzt sehen. Die geringe Inanspruchnahme des ersten Landeshilfsprogramms „Kultur ans Netz“ zeugt u.a. auch von einer Verunsicherung in der Szene der Kunst- und Kulturschaffenden. Die Rahmenbedingungen für die Förderprogramme müssen der Arbeitsrealität von Kunstschaftenden angepasst werden, die Kommunikation und Beratung muss verbessert werden.

15. Altersabsicherung.

Welche Maßnahmen zur Absicherung vor Altersarmut planen Sie für selbstständige Künstler*innen?

DIE LINKE verfolgt auf Bundesebene das Ziel, das Sozialversicherungssystem der Lebensrealität von Künstler*innen anzupassen, indem alle selbstständigen Kunst- und Kulturschaffenden stärker in die Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung einbezogen werden.

16. Kommende Haushaltspläne.

Wie stehen Sie dazu, dass in den kommenden Haushaltsjahren Aufgaben im Landesinteresse nicht mehr umgesetzt werden können, wegen haushaltstechnischer Maßgaben, keine Bedarfshaushalte eingeben zu dürfen? Wie stehen sie dazu, dass in den kommenden Haushalten nicht bei den freiwilligen Leistungen gestrichen wird?

Bei der Aufstellung des Landeshaushaltes muss es für die im Landesinteresse bestehenden Aufgaben eine klare Orientierung am realen Finanzbedarf und nicht an den Werten aus den

Vorjahren geben. Die Fortschreibung der bisherigen Unterfinanzierung steht einer Qualitätsentwicklung im Kulturbereich entgegen und beschränkt die Möglichkeiten, die Kulturszene in Sachsen-Anhalt im Bundeskontext konkurrenzfähig aufzustellen. Die Aktualisierung und Fortentwicklung unseres Landeskulturkonzeptes soll ein Dialogangebot an die Kulturschaffenden zur Festlegung von Schwerpunkten in den kommenden Jahren sein.

17. Kulturelle Bildung ist ein Querschnittsthema.

Welche Maßnahmen planen Sie, der Kulturellen Bildung eine adäquate Wahrnehmung und landesverantwortete Bearbeitung angeeignet zu lassen?

Kulturelle Bildung ist unverzichtbar für eine lebendige Demokratie. Sie ist Querschnittsaufgabe der Jugend-, Kultur-, Bildungs- und Sozialpolitik. Als solche muss sie verstanden und aus den unterschiedlichen Ministerien und Politikfeldern gefördert werden. DIE LINKE will erweiterte Kommunikationsstrukturen auf allen Ebenen der Kulturverwaltung für das Themenfeld Kulturelle Bildung installieren. Kulturelle Bildung braucht ein durchlässiges System, dass aufeinander aufbaut und mit den unterschiedlichen Partnern Angebote für alle Bürger*innen entwickelt und umsetzt.

18. Kulturelle Bildung für Alle.

Welche Maßnahmen planen Sie, um Kulturelle Bildung allen Bevölkerungs- und Altersgruppen zugänglich zu machen?

Im kulturpolitischen Diskurs ist der Anspruch auf kulturelle Bildung für Alle als wesentlicher Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe seit einigen Jahren unumstritten. Kulturprogramme und Wettbewerbe wie z.B. „Kultur macht stark“ stehen unter diesem Motto. Die Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist in diesem Feld jedoch sehr groß. Die individuellen Rahmenbedingungen entscheiden über Teilhabemöglichkeiten. U.a. müssen die Angebote von allen Bürger*innen geografisch erreicht werden können, sie müssen finanzierbar sein und unterschiedlichen Bedürfnissen entsprechen.

DIE LINKE will die Qualität von Teilhabemöglichkeiten und Zugängen zur Kulturellen Bildung im Land verbessern. Dazu müssen Kulturinstitutionen, Schulen, Kitas, Verwaltung, Jurys und Gremien bei der Gestaltung verbesserter Zugänge zu Kultureller Bildung einbezogen werden. Wir wollen finanzielle Hürden abbauen und die Barrierefreiheit in den Kultureinrichtungen befördern.

Um darüber hinaus die Potentiale kultureller Teilhabe optimal auszuschöpfen, sind frühzeitige und vielfältige sowie regelmäßige und intensive Kontakte zu Kunst und Kultur notwendig. Kitas und Schulen sind Orte kultureller Erstbegegnung, die die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an ästhetischer Bildung unabhängig von Milieuzugehörigkeit, kulturellen Interessen oder Vorerfahrung sicherstellen. DIE LINKE will aus diesem Grund die Vernetzung zwischen kulturellen Einrichtungen bzw. Künstler*innen und Schulen stärken und erweitern.

19. Kulturelle Bildung in Schule.

Wie planen Sie, Kulturelle Bildung, geleitet von professionellen Künstler*innen, allen Kindern in allen Schulformen verbindlich zugänglich zu machen? Freie Honorarkräfte an

Schulen kämpfen mit geringen Planungszeiten, rigiden Vorgaben zur Durchführung und gleichzeitig der übertragenen Verantwortung für die Schüler*innen. Welche vertrags- und arbeitsrechtlich abgesicherte Strategie planen Sie zur langfristigen Verankerung von Kultureller Bildung in Schule?

Die Sicherung der künstlerischen Schulfächer Musik, Kunst und Gestalten ist eine unverzichtbare Grundlage für kulturelle Bildung und sichert auch den Zugang professioneller Künstler*innen zum Unterricht. Die Ausbildung der Lehrkräfte für diese Fächer wird jedoch noch für lange Zeit den Unterrichtsbedarf nicht decken. Es sind erhebliche Anstrengungen erforderlich, um die ästhetisch-künstlerische Bildung an allen allgemeinbildenden Schulen des Landes erhalten zu können.

Der Einsatz professioneller Künstler*innen an Schulen im Land im Rahmen langjährig erprobter Kooperationsprogramme (z.B. „Kulturelles Lernen an Freien Theatern und Schulen“) mit seinen Qualitätsbedingungen verbessert die Möglichkeiten, Kultureller Bildung langfristig in der Schule zu verankern. Die Weiterführung und strukturelle Qualifizierung dieser neuen Lernkultur, eine verbesserte Verzahnung der Kunst- und Kulturprojekte mit der jeweiligen Schulidentität sowie die Einbeziehung der Programme in schulinterne Entwicklungsprozesse sind zentrale Aufgaben unserer künftigen Schulprogrammarbeit.